

Peter Glotz, St.Gallen

Vortrag für „digital brainstorming“ (Migros-Kulturprozent) vom 13. September 2000

Meine sehr verehrten Damen und Herren

Gelegentlich ärgere ich mich über Leute, die sich mit empörtem Gesicht darüber wundern, dass welthistorische Brüche, die sie ansonsten bejubeln, auch ihre negativen Seiten haben. Ich rede von der grossen Medienwende, in der wir stecken; von der Internetrevolution, der Vernetzung der Welt, genauer gesagt: ihrer Schlüsselorte und Befehlszentralen, der Mutation des Industriekapitalismus zum digitalen Kapitalismus. Berlin, so jubeln net-enthusiastische Senatoren oder Handelskammer-Präsidenten, sei nur noch einen Mausklick von Los Angeles entfernt. Dann aber geben sich dieselben Leute masslos erstaunt und entsetzt, wenn sie registrieren müssen, dass sich auch Rechtsradikale, die amerikanische Christian Coalition oder Pädophile vernetzen. Und blitzschnell tritt ein Reflex auf, den man ansonsten nur von defensiven Gewerkschaftern und Aktivisten von Umwelt- oder Tierschutz-Gruppen kennt: "wir werden nicht zulassen, dass...." Wenn alte durch neue Wirtschaftsepochen abgelöst werden, ist das nicht mit dem Aufstampfen des Fusses zu verhindern. Man soll alles tun, um Kinderpornographie und Rechtsterrorismus wirksam zu unterbinden; aber man soll sich bitte nicht wundern, dass das kunstvolle Beziehungsgefüge, die Geschwindigkeit und Vervielfältigungsfähigkeit elektronischer Netze nicht nur für edle, sondern auch für unedle Zwecke benutzt werden können.

Warum sage ich das? Weil es eine fatale Tendenz gibt, die digitale Revolution nicht als Herausforderung für intelligentes politisches Handeln zu verstehen, sondern als wunderbare Brotvermehrung. Ich habe an mehreren Fronten mit Nachdruck für die Deregulierung gekämpft, so bei der Zulassung privater Fernsehanstalten in Deutschland und bei der Deregulierung der Telekommunikation. Wer aber so tut, als ob Deregulierung, Privatisierung, die Freihandelslogik der World Trade Organisation und der Globalisierungsdruck der internationalen Finanzmärkte im Selbstlauf zu Wohlstand, Gerechtigkeit und sozialem Frieden führten, täuscht sich selbst und die, die ihm gläubig zuhören. Wenn alte Wertschöpfungsketten zerbrochen und neue geknüpft werden, wenn alte Industrien kannibalisiert werden und neue aufkommen, wenn alte Formen der Macht zerfallen und alternative Formen sich entwickeln, dann sind in aller Regel sowohl die Apokalyptiker als auch die Euphoriker im Unrecht. Man muss die Kraft haben, die neuen Chancen aufzugreifen und darf doch gleichzeitig nicht vergessen, Vorsorge für die Modernisierungsverlierer zu treffen, in unserem Fall für die Vernetzungsverlierer, die Opfer von Geschwindigkeit, Gleichzeitigkeit und Konnektivität.

Das Netz ist nicht nur ein neues Kommunikationsmodell, das neue Möglichkeiten bietet, Wohlstand zu schaffen. Das ist es auch. Es ist darüber hinaus ein neues soziales Organisationsmodell, das immer mehr die Ökonomie und die Massenkultur dominieren wird. (Ben Goertzel, Die goldenen Maschen des Internets, FAZ 07.08.2000) Deshalb ist gegenüber dieser neuen Welt kultureller Optimismus angebracht. Das ist mein prinzipieller Standpunkt zum grossen Paradigmenwechsel, der sich seit Anfang der neunziger Jahre vollzieht und um 2010 seine volle Wirksamkeit entfalten dürfte. Unabhängig davon entdecke ich in dieser Entwicklung aber manche Gefährdungen, die vor allem daraus folgen, dass wir immer mehr eine globalisierte Wirtschaft bekommen, aber weit davon entfernt sind, eine globalisierte Politik zustandegebracht zu haben. Deshalb stelle ich die Frage, welche Chancen es für eine ökologische, soziale und kulturelle Wiedereinbettung des digitalen Kapitalismus gibt und ob die Europäer dazu durch einen eigenen Weg, einen "Europäischen Weg" einen Beitrag leisten könnten. (Jürgen Habermas, Euroskepsis, Markteuropa oder Europa der (Welt-)bürger? In Peter Ulrich, Thomas Maak - Die Wirtschaft in der Gesellschaft / Perspektiven an der Schwelle zum dritten Jahrtausend, - Bern - Stuttgart - Wien 2000.)

I.

Die Probleme, die die Internetrevolution mit sich bringt, sind oft geschildert worden, allerdings zumeist in jener durchgängig anklägerischen Tonlage, die als Antwort auf die durchgängige Jubelei der neuen Internet-Milliardäre gedacht ist. Versucht man, sich von wütender Enttäuschung genau so frei zu halten wie von Propaganda, kann man den derzeit ablaufenden Prozess etwa so charakterisieren: Die Beschleunigung weltweiter Kapitalbewegungen führt zur "Entmächtigung des Nationalstaats" (Habermas), der allerdings keine Ermächtigung neuer Akteure (z.B. Europas) gegenübersteht. Der Industriekapitalismus wird durch Dematerialisierung, Beschleunigung, Dezentralisierung und Globalisierung in eine deutlich weniger regulierte Ökonomie transformiert. Ich nenne sie den digitalen Kapitalismus. Damit ist ein höheres Wachstum, aber auch eine spürbar asymmetrischere Verteilung des Zuwachses verbunden. Der globale Kapitalmarkt bekam plötzlich die Macht, nationale Regierungen zu disziplinieren (Beispiel: Mexiko 1994). Staaten sind eher in Märkte als Volkswirtschaften in Strukturen eingebettet. Die entstehende Boom-Society produziert viel neuen Reichtum und eine Change-Kultur, die oft genug einer "Neuen Ökonomie" und einer neuen Generation zugute kommt. Sie produziert aber genau so die (meinethalben schöpferische) Zerstörung alter Strukturen, die Aushebelung gewachsener Arrangements und ein merkwürdig zusammengesetztes drittes Drittel der Gesellschaft, in dem sich die Modernisierungs- und Vernetzungsverlierer mit Leuten treffen, die die Beschleunigung aller Lebensverhältnisse nicht mitmachen wollen und sich deshalb in sogenannte "Down-Shifting" -Prozesse stürzen, also aus materiellem Verzicht Lebensqualität erlösen wollen.

Ich schildere die Probleme, die sich daraus ergeben, dass die Wirtschaft globalisiert ist, die Politik aber eben nicht globalisiert, an vier Beispielen

Eine neue Geographie der Zentralität

Die digitale Revolution ermöglicht es zwar, dass irgend jemand aus einem Dorf heraus grosse Geschäfte machen kann. Insgesamt bleibt Zentralität aber eine Schlüsselkomponente des Wirtschaftssystems. "Führende Wirtschaftssektoren mit hoher Digitalisierung erfordern strategische Standorte mit einer hohen Konzentration an Infrastruktur, an erforderlichen Arbeitskraftressourcen, Kompetenzen und Gebäuden" (Saskia Sassen - Machtbeben. Wohin führt die Globalisierung, Stuttgart / München 2000). New York, London, Tokio, Paris, Frankfurt, Zürich, Amsterdam, Los Angeles, Sydney oder Hongkong bestimmen die Informationsökonomie. In den Vereinigten Staaten gibt es mehr als 4,5 Mio. Faxgeräte, in Japan 4,3 Mio., in Brasilien aber nur 90'000, in der Türkei und Portugal je nur 30'000. Selbst in den grossen Städten gibt es eine Geographie der Zentralität und eine der Marginalität. Im Zentrum New Yorks gibt es die höchste Konzentration der ganzen Welt an Gebäuden, die ans Glasfaserkabelnetz angeschlossen sind, doch daneben, in Harlem, gibt es nur ein einziges derartiges Gebäude; das südliche Zentrum von Los Angeles hat überhaupt keins. Saskia Sassen spricht von einer "Verräumlichung der Ungleichheit".

Steuerdumping

Mit dem Verlust des Primats der Politik gehen die Möglichkeiten der Besteuerung weltweit operierender Unternehmen zurück. Internationale Börsen und Offshore-Bankplätze mit beschränkter Bankaufsicht bieten Möglichkeiten, bei denen der Gewinn privat bleibt und der Verlust über den Internationalen Währungsfond zum Steuerzahler geht. Insgesamt gelingt es dem Zentrum des ökonomischen Systems immer besser, die Verteilungsspielregeln systematisch zu verändern. Es kommt zu einer Umverteilung mit einem begrenzten Kreis von Gewinnern (Franz-Josef Radermacher - New-Economy, Börsenrausch und Greencard: Spielt die Welt verrückt oder hat alles seine Logik? Manuskript, Fassung 29.06.00). Nach Ermittlungen der EU-Kommission waren die Arbeitnehmer in der EU im Jahr 1995 im Schnitt um 20 % stärker belastet als im Jahr 1981, die selbständigen Unternehmen dagegen um 22 % geringer. Nach Angaben der Kommission stieg die effektive Steuerlast auf Löhne und Gehälter in den 15 Jahren bis 1995 von 35 %- auf durchschnittlich 42 %. Die Belastung der Unternehmensgewinne fiel dagegen von 45 %- auf 35 %. (SZ 29.01.1999). Die Folge: Der Staat wird immer unfähiger, legitimationswirksame Steuerungs- und Organisationsleistungen zu erbringen.

Bildungspolitik in der globalen Ökonomie

Das führt z.B. zu einer wachsenden Unfähigkeit des Staates, die Menschen aus öffentlichen Mitteln angemessen aus- und weiter zu bilden. Deutschland hat sich deshalb - völlig konsequent - die amerikanische Greencard-Politik zu eigen gemacht, bei der qualifizierte Arbeitskräfte aus anderen Weltregionen angeworben werden, wobei die Ausbildungsinvestitionen von den Herkunftsländern finanziert werden. Für den einzelnen Software-Schreiber oder Nachrichtentechniker, der aus Indien in die Vereinigten Staaten oder aus der Ukraine nach Deutschland geht, (und für seine Familie) ist diese Emigration in der Regel ein Gewinn. Für die entsprechenden Volkswirtschaften gilt natürlich das Gegenteil. Idealisten möchten gerne internationale Abkommen durchsetzen, in denen Ausgleichszahlungen von den abwerbenden zu den Herkunftsländern zur Pflicht gemacht werden. Man kann mit Händen greifen, dass eine solche Politik zum Scheitern verurteilt wäre. Aber selbstverständlich bedeutet diese Art von Bildungspolitik (die im Fall von Deutschland derzeit völlig alternativlos ist) eine Umverteilung von der Peripherie in die Zentren.

Die Arbeitsplatzbilanz der digitalen Ökonomie

In der Regel wird das amerikanische "Beschäftigungswunder" des letzten Jahrzehnts als Beweis dafür zitiert, dass der Wandel zur digitalen Ökonomie die Probleme struktureller Arbeitslosigkeit lindere oder wegschaffe. Die Gleichung lautet in der Regel: Die USA sind die Führungsmacht der digitalen Ökonomie, in den USA sind Millionen zusätzlicher Arbeitsplätze geschaffen worden. Diese Rechnung ist aber missverständlich. Der Erfolg der USA bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze hat vor allem mit einer rigorosen Deregulierung des Arbeitsmarktes, mit der starken Stellung des Weltgeldes Dollar und der amerikanischen Handelsbilanz sowie einem langen Konjunkturaufschwung (der seinerseits allerdings mit der New Economy zu tun hat) zusammen. Die entsprechenden Bedingungen sind in anderen Gesellschaften nicht einfach kopierbar. Die weltweite Arbeitsplätze-Bilanz der digitalen Revolution ist schwer aufzumachen; möglicherweise profitieren Schwellenländer mit gutem Bildungssystem und niedrigen Löhnen wie Indien. In den grossen alten Industriegesellschaften dürften, jedenfalls im nächsten Jahrzehnt, eher leichte Arbeitsplatzverluste stattfinden. Der Arbeitsplatzabbau bei der deutschen Telekom z.B. ist allemal grösser als die Zahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze bei den neuen Wettbewerbern. Die Rationalisierung der Filialstruktur der Banken, des klassischen Sekretariats, des Buchhandels, der Reisebürobranche dürfte heftiger zu Buche schlagen als neue (europäische) Arbeitsplätze bei AOL, Amazon-com, Think-Tools oder BOL. Eine intelligente Wirtschaftspolitik kann auf diese Herausforderung reagieren. Aber die Idee des Ministerrats der Europäischen Kommission, man müsse die digitale Revolution beschleunigen, um die strukturelle Arbeitslosigkeit endgültig wegzubringen, ist naiv. Ein Horrorszenario? Ich bestehe darauf, dass es politische Möglichkeiten gibt, mit diesen Herausforderungen fertig zu werden. Allerdings nicht dadurch, dass man sie leugnet. Auch nicht durch symbolische Politik (Beispiel: EU-Gipfel Lissabon) oder Ablenkung, etwa indem man über die Wiedererrichtung des Berliner Stadtschlusses, die Versetzung eines Bismarck-Denkmal und Hinterbliebenen-Renten für Homosexuelle grübelt. Vielmehr warne ich vor mit Händen greifbaren Gefahren. In den besonders ungerechten, gleichzeitig aber wirtschaftlich stärkeren Schwellenländern

entwickelt sich längst eine neue Protestideologie, die Francis Fukujama noch vor einem knappen Jahrzehnt für gänzlich ausgeschlossen hielt. Ich erinnere an die Landlosen-Bewegung Brasiliens, das von der katholischen Kirche heftig unterstützte "Movimento Dos Trabalhadores Rurais Sen Terra" (MST), die grösste Massenbewegung Lateinamerikas, die immer mehr Zulauf gewinnt und der in ein paar Jahren auch wieder ein Teil der Europäischen Jugend - die derzeit nur noch Start-ups gründen möchte - nachlaufen dürfte. In unserem eigenen Land sind wir in diesem Sommer ausreichend darüber belehrt worden, dass eine glatte Wasseroberfläche kein Beweis dafür ist, dass es nicht sehr rasch zum Sturm kommen kann. Die Gewaltaktionen der rechtsradikalen Jugendschlägerbanden sind die bewusste Antwort von Modernisierungs -Verlierern auf eine als ausweglos empfundene Situation. Noch präziser gefasst: Die hohen Arbeitslosenzahlen und die Entindustrialisierung im Osten Deutschlands machen die Modernisierungs -Verlierer zu einem möglichen Resonanzboden für die Gewalttäter. Gnade uns Gott, wenn diese Modernisierungs -Verlierer in Deutschland einen Führer fänden. Ein Haider genügte schon. Es geht uns ja gold. Aber der Zustand des Bauwerks ist nicht ganz so gut, wie die Fassade glauben macht.

II.

Lösbar sind die dargestellten Probleme nur durch weltweite Vereinbarungen. Es ginge darum, Mindestbesteuerungs -Umfänge durchzusetzen, das spekulative Element der Ökonomie zu Sicherheits -Zahlungen zu bringen, damit im Krisenfall nicht der Steuerzahler aushelfen muss, den Zugang zu den neuen Technologien als ein Bürgerrecht zu verstehen und allzu spekulative Finanzprodukte und Spekulationsprozesse wieder in den Griff zu bekommen. Besteht dafür irgend eine Chance?

Meine Antwort lautet ja. Vorbedingung ist allerdings, dass die Europäer ihre derzeitigen Probleme lösen und so überhaupt in die Lage kommen, ihre sozialstaatliche Tradition, ihre Erfahrungen mit sozialer Marktwirtschaft und sozialökologischen Arrangements einzubringen. Denn die grösste Gefahr im gegenwärtigen historischen Moment ist, dass die neuen Formen der globalisierten, digitalen Ökonomie den Nationalstaat entkräften, ohne dass die nächst höhere Ebene, im europäischen Fall also die Europäische Union gekräftigt wird. Diese Gefahr ist kein fernes Hirngespinnst, sondern eine harte politische Realität.

Manch einer mag fürchten, dass die Forderung nach einem europäischen Weg eine Art neuer Euro-Nationalismus sei, dazu mit anti-amerikanischen Akzenten. Die Antwort auf diesen Verdacht lautet: jede politische Macht vertritt zuerst einmal legitimer Weise ihre eigenen Interessen. Wenn die unbestrittene Führungsmacht der Welt, die USA, ein politisch handlungsfähiges Europa als Partner haben, entstehen vielseitig tragbare Kompromisse leichter und selbstverständlicher, als wenn eine einzige Weltmacht vielen mittleren Spielern gegenübersteht. Denken sie an die entschlossene, kluge Politik der USA hinsichtlich der Regulierung des Internet. 1997 lag ein fertiger Plan auf dem Tisch, nach dem die Regulierung des Internet künftig in der Hand der internationalen Gemeinschaft liegen sollte. Eine Gesellschaft unter Schweizer Recht sollte als oberstes Gremium fungieren, bewacht von einem Policy Oversight Committee. Regierungen, Unternehmer und Nutzer sollten sich gleichberechtigt in einem Political Advisory Committee wiederfinden. Depositar dieses Quasivertrags war die Internationale Fernmeldeunion. Die amerikanische Regierung hat diesen Plan schon drei Monate später mit ihren "Global Framework for E-Commerce" ausgehebelt, mit dem Ergebnis, dass die Regulierung jetzt in der Hand einer privaten Organisation nach kalifornischem Recht (ICANN) liegt, die zwar gerade ein paar Govenors aus Europa, Asien, Afrika und anderen Erdteilen hinzuwählt, insgesamt aber sicher in amerikanischer Hand verbleibt. Ich sage das mit Bewunderung für die Handlungsfähigkeit und Weitsicht der amerikanischen Regierung und das Problembewusstsein der amerikanischen Industrie und mit Selbstkritik an den komplizierten, langsamen und wenig zielbewussten europäischen Institutionen und Prozeduren. Dies ist ein kleines Beispiel unter vielen. Insbesondere die internationale Finanz- und Wirtschaftspolitik gäbe viele weitere Exempla her.

Leider ist die Gefahr, dass Europa sich noch handlungsunfähiger macht als es heute ist, nicht von der Hand zu weisen. Die Osterweiterung der Union ist einerseits unausweichlich, wird andererseits aber zur Handlungsunfähigkeit der Union führen, wenn nicht vorher die Vertiefung der Gemeinschaft durchgesetzt wird. Inzwischen stellt sich immer deutlicher als richtig heraus, was einige Wenige (Jacques Delors an der Spitze) immer wieder zum Ausdruck gebracht haben: Die Beruhigungsformel, die Vertiefung und die Erweiterung der Union seien keine Gegensätze, sondern bedingten sich gegenseitig, war eine hohle Phrase, eine Schiebeverfügung, ein diplomatischer Trick. Einerseits hat man viel zu vielen Ländern versprochen, Vollmitglied der Europäischen Union werden zu können. Andererseits ist es völlig offen, ob man die für diese Erweiterung notwendige Vertiefung (z.B. die Überwindung des Einstimmigkeitsprinzips) jemals erreichen kann. Nichts zeigt dies deutlicher als der interessanteste europapolitische Prozess der letzten Jahre, der hier auf der Berliner Bühne stattfand. Der deutsche Aussenminister hielt vor der Humboldt Universität eine brillante euroföderalistische Rede, in der er die unabdingbaren Notwendigkeiten des Europäischen Einigungsprozesses richtig beschrieb. Er hielt sie aber "als Privatmann". Die französische Diplomatie umarmte den deutschen Aussenminister; machte aber gleichzeitig in einem Brief des französischen Aussenministers und in einer Rede des französischen Präsidenten unmissverständlich klar, dass man viele Vorschläge Fischers für allzu wagemutig und halsbrecherisch hielt. Schliesslich legte der deutsche Bundeskanzler nach und bezeichnete in einer französischen Zeitung Aussenminister Fischers Vorschlag, einen Europäischen Präsidenten zu wählen, als "pure Illusion". Gerhard Schröder hat vermutlich recht. Wie aber hat man die Chance zu einer wirksamen Vertiefung Europas einzuschätzen, wenn Deutschland und Frankreich, die beiden Motoren der europäischen Einigung, solche Tänze aufführen und die führenden Staatsmänner klare Worte nur noch als Privatleute äussern können?

Reden wir offen miteinander: Eine EU 28 wird mehr der OSZE, dem Europarat oder den Vereinten Nationen ähneln

als einem föderalen Europa, wie es sich die Gründerväter Europas nach dem zweiten Weltkrieg vorgestellt haben. Die Gefahr, dass die Europäische Union - wie ältere Imperien auch - durch Überdehnung ihrer Raumvorstellungen erodiert, ist gross. Das wird kein "unvollständiger Bundesstaat", wie ihn Walter Hallstein noch vor Augen hatte, eher ein würdiger, aber machtloser Bund höchst unterschiedlicher Spieler. Müssen wir nicht einen konzeptionellen Verfall des Europa-politischen Denkens konstatieren? (Werner Weidenfeld, Erweiterung ohne Ende? In Internationale Politik 8/2000).

Es hat keinen Zweck bitter zu werden. Europa hat sich immer wieder am eigenen Zopf aus dem Sumpf gezogen. Gelegentlich aber beschleicht einen der Verdacht, dass die heillosen Versprechungen insbesondere der Deutschen an viele osteuropäische Staaten nur noch um den Preis einlösbar sind, dass Europa zur Freihandelszone verläppert. Was dann? Von Henry Kissinger stammt der Satz: "Inzwischen ist Deutschland so stark geworden, dass die bestehenden Europäischen Institutionen aus eigener Kraft keine Balance zwischen Deutschland und seinen europäischen Partnern mehr herzustellen vermögen." Kein Defaitismus, aber auch kein Business as usual. Weltordnungs-Strukturen, die den digitalen Kapitalismus sozial konstruktiv einbetten, werden nicht ohne eine unterschiedene Mitwirkung Europas zu Stande kommen. Europa aber hat in den Jahren nach 1989 eine romantische Diarrhoe bekommen, von der es sich noch nicht wieder erholt hat. 2010 wird sich die digitale Ökonomie voll entfaltet haben, um 2005/2006 müssen die entscheidenden politischen Entscheidungen über die Zukunft Europas gefällt werden. Wir gehen in entscheidende Jahre. Der Ausgang ist offen.

III.

Die Pessimisten sagen, der digitale Kapitalismus sei nicht zukunftsfähig, das Missverhältnis zwischen globaler Wirtschaft und globalisierungsunfähiger Politik zerstöre die "Nachhaltigkeit". Was ist von dieser These zu halten? Nachhaltigkeit ist ein alter forstwissenschaftliche Begriff, der kurz gesagt darauf hinausläuft, dass nicht mehr Holz aus dem Wald entfernt werden sollte als nachwächst, dass also der Einschlag, die Ernte sich nicht zuerst am menschlichen Bedarf, sondern an der Leistungsfähigkeit des natürlichen Systems orientieren sollte. Prominent gemacht hat diesen Begriff der Meadows-Bericht über die Grenzen des Wachstums und später der Bericht der Brundtland-Kommission über Umwelt und Entwicklung.

Nun wird der Nachhaltigkeits-Begriff oft genug unpräzise und zur Einschüchterung gebraucht. Ein Experte formuliert kühl:

"Der Begriff der Nachhaltigkeit (sustainable development) ist in aller Munde. Die Umweltschützer verstehen darunter die Versöhnung mit der Natur, die Demoskopen die Durchsetzung der civil society, die Ökonomen sehen ihren Glauben an das ewige Wachstum bestätigt, die Menschenfreunde erhoffen sich eine bessere Verteilungsgerechtigkeit und die Abkehr von Konsumwaren und der Amerikanisierung aller Kulturen. Alle sind also für die Nachhaltigkeit, jeder versteht aber etwas anderes darunter. Nachhaltigkeit ist zu einem Schlagwort geworden."

Nehmen wir die Definition von Meadows. Sie ist schon konkreter:

"Eine Gesellschaft ist dann nachhaltig, wenn sie so strukturiert ist und sich so verhält, dass sie über alle Generationen existenzfähig bleibt, dass sie ihre eigenen materiellen und sozialen Existenzgrundlagen nicht unterminiert. Im Sinne der Systemforschung ist eine Gesellschaft nachhaltig, wenn sie ausreichend Informations-, Sozial- und Verwaltungsstrukturen besitzt, die in der Lage sind, die positiven Rückkopplungen zu exponentiellem Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum so zu kontrollieren, dass Fertilität etwa gleich der Mortalität ist und die Investitionsraten etwa den Raten der Kapitalabnutzung entsprechen."

Von dem Ziel, die Fertilität weltweit so einzugrenzen, dass sie die Mortalität nicht übersteigt, sind wir weit entfernt. Das trifft unser Thema Beschleunigung allerdings nicht. Die Beschleunigung des digitalen Kapitalismus erzeugt keine höheren Geburtenraten, eher das Gegenteil. Es entsteht eine Konzentration auf das Arbeitsleben, das gegen grosse Familien wirkt. Das werden die Befürworter der Nachhaltigkeit den Beschleunigern aber nicht gutschreiben. Ihre Kritik gilt der Unrast und Atemlosigkeit, dem Wachstumsdruck. Untersuchen wir also den intergenerativen und intragenerativen Aspekt des Nachhaltigkeitsbegriffs, also die Berücksichtigung der Bedürfnisse zukünftiger Generationen und der Bedürfnisse aller jetzt lebenden Menschen durch die beschleunigte Gesellschaft.

Ich mache dazu drei Bemerkungen:

Die elektronischen Informations - Kommunikations - und Medientechnologien, die mein Thema sind, tragen durchaus zu einer Verbesserung des Verhältnisses von Mensch und Biosphäre bei. Die Beschleunigung von Produktionsprozessen und ihre Effizienzsteigerung entlastet oft genug die Natur. Die digitale Technologie entstofflicht Produkte und Prozesse, bewirkt die Einsparung an Materialien und Energien und verschiebt den Schwerpunkt menschlicher Tätigkeit von Stoffbearbeitung zur Dienstleistung. Beschleunigung ist keineswegs generell unökologisch.

Natürlich muss man die Wirkung von Beschleunigung auf Biographien genau analysieren. Jedes menschliche Leben braucht ein vernünftiges Verhältnis zwischen Beschleunigungs - und Entschleunigungsphasen, sonst droht das Burn-

out Syndrom. Die Heiligsprechung des Forstwarts im Sinne der Technikkritik Martin Heideggers ist allerdings nicht die Lösung der Probleme der Moderne. Es gibt eine Alternative zum Todtnauberg-Menschen, der Tag und Nacht besinnlich nach dem Seyn schürft. Auch die Maxime Wittgensteins "Worüber man nicht reden kann, darüber muss man schweigen" ist eine philosophische Position zur Welt. Die vita activa muss nicht betäuben, sie kann erfüllen. Man kann es lernen, sich den technischen Rythmen anzupassen und ein Ethos zu entwickeln, dass dem "Ge-Stell" der Technik angemessen ist. Wer dieses Ethos hat, kann sich Angst, Ekel, Hochmut und Berührungsangst gegenüber der Welt der neuen Medien sparen.

Ein Einwand allerdings verdient sorgfältige Abwägung. Die Beschleunigung der Neuen Ökonomie ist natürlich ein Wachstumsmotor. Zwar richtet sich dieses Wachstum vor allem auf Dienstleistungen, die den Menschen von seinem Seelenheil ablenken mögen, die Welt aber nicht vergiften, verstopfen oder belasten. Aber erstens ist die digitale Technologie keineswegs völlig spur- und schwerelos; sie besteht aus Computern, Mobiltelefonen, Anrufbeantwortern, Spielekonsolen und vielerlei Instrumenten ähnlicher Art. Zweitens aber beschleunigt der E-Commerce den Umlauf von Gütern aller Art. Wer also "Down-Shifting" für nötig hält und sich z.B. zur Regel macht, alle Gegenstände, die er ein Jahr nicht benutzt hat, auszusondern, wird das hohe Tempo der digitalen Ökonomie mit einem gewissen Recht kritisieren. Der Zuwachs wird asymmetrischer verteilt als bisher. Die Deregulierung zerstört auch Schutzmechanismen. Die Umverteilung, die stattfindet, erzeugt Modernisierungsverlierer, die sich wehren werden, möglicherweise höchst militant und höchst "irrational".

Die Beschleunigungstendenz des digitalen Kapitalismus, heisst das, hat, wie die meisten Basistrends der gesellschaftlichen Entwicklung, mehrere Seiten. Man muss mit ihr umgehen können. Geschwindigkeit verlangt Geistesgegenwart, Geschicklichkeit und Präzision. Wer sich diese Eigenschaften aneignet, wird Leistung bringen und an dieser Leistung Glück erfahren. Nicht alle schnellen Prozesse führen aber zu sinnvollen Ergebnissen. Wenn der Rezipient des interaktiven Fernsehens im Jahr 2010 die Kleidungsstücke und Accessoires der Hauptdarsteller seiner Lieblingsserien durch einfaches Anklicken kaufen kann, mag dies zu fragwürdigem Konsum führen. Wenn der E-Commerce der Zukunft die "middle-men", also viele Intermediäre übergeht und ausschaltet, zerstört dies Existenzen. Solche Entwicklungen können spätere Generationen oder schwächere Mitmenschen belasten und schädigen, also das Einschlagen eines nachhaltigen Entwicklungspfades behindern.

Ich bestehe also darauf, dass weder Beschleunigung noch Entschleunigung Patentrezepte sind. Die Verachtung der Aktiven wegen sündhafter Seinsvergessenheit ist so anmassend wie die Abwertung der Kontemplativen wegen Leistungsverweigerung und Hedonismus. Was wir brauchen ist die Toleranz zwischen unterschiedlichen Lebensstilen, das Fertigwerden mit "Multiple Modernities", die kluge Konstruktion politischer Rahmenbedingungen, die unterschiedliche Lebensentwürfe ermöglichen. Der digitale Kapitalismus kommt, wie immer wir zu ihm stehen. Stellen wir uns darauf ein. Gleichzeitig sollten wir aber auch alles tun, um so gut zu werden, dass wir diesen neuen Aggregatzustand der Marktwirtschaft nicht nur ertragen, sondern auch gestalten können.

Ich schliesse mit der Feststellung, dass der "elektronische Raum" (Saskia Sassen) weder ein rein technologisches noch ein rein wirtschaftliches Phänomen ist. Er ist in eine gewaltige Dynamik eingebettet, die unsere gesamte Gesellschaft durchschütteln wird. E-Commerce scheint ein Modethema für Betriebswirte zu sein; in Wirklichkeit sind diese neuen Märkte eine grosse kulturelle Herausforderung für alle Eliten. Überziehen wir die wirtschaftliche Modernisierung und zerstören wir alte Machtstrukturen, ohne neue aufzubauen? Das Internet ist kein selbstgenügsames und neutrales, riesiges Computerspiel, es ist ein Ort der Machtverteilung. Ist es ein Raum der Segmentierung? Ein Mechanismus der Ausgrenzung? Ein Motor der unaufhaltsamen Beschleunigung? Verfallen wir nicht in die alten Reflexe, -schwarze Kulturkritik gegen bornierte Ingenieursseeligkeit. Vielleicht sollten wir es nicht den Märkten und den Unternehmen allein überlassen, die Entwicklung zu bestimmen und die Debatten zu dominieren.